IG Metall Erklärung
zur Ministerpräsidentenkonferenz Ost
am 25.09.2025 auf Schloss Ettersburg bei Weimar

Deindustrialisierung verhindern, Ostdeutschland zukunftsfest aufstellen!

Die deutsche Industrie befindet sich in der umfassendsten Transformation ihrer Geschichte. In Ostdeutschland zeigt sich diese Entwicklung wie unter einem Brennglas: Nach der radikalen, größtenteils traumatisch erlebten Deindustrialisierung in den 1990er und 2000er Jahren sicherten in einzelnen Regionen Ostdeutschlands neue Werke vor allem der Hersteller und Zulieferer der Autoindustrie in größerem Umfang Beschäftigung.

In Ostdeutschland konnte eine leistungsfähige Industrieproduktion errichtet und ausgebaut werden, die sich allerdings bis heute nicht aus den Abhängigkeiten der westdeutschen und/oder internationalen Konzernzentralen lösen konnte. Viele der Betriebe gehören mehrheitlich zu westdeutschen oder internationalen Mutterkonzernen, sind bis heute sogenannte „verlängerte Werkbänke“.

Heute hängt jeder 4. Industriearbeitsplatz in Ostdeutschland an dieser Branche, die sich derzeit in einer schweren Krisensituation befindet. Die Transformation in Richtung Dekarbonisierung hatte hier besonders Fahrt aufgenommen: Fast jedes zweite in Deutschland produzierte E-Auto kommt aus dem Osten.

Über die Automobilindustrie hinaus prägen vor allem die Stahl-, die Schienenfahrzeug- und zunehmend die Halbleiter- bzw. Mikroelektronikindustrie sowie die Maritime Wirtschaft das industrielle Bild zwischen Ostsee, Harz, Erzgebirge und Thüringer Wald. Diese industriellen Kernbranchen sind von erheblicher Bedeutung für Arbeit, Beschäftigung und somit Wohlstand in Ostdeutschland. Ihre Sicherung, Erhalt und ihr Ausbau sind für die IG Metall von größtmöglicher Bedeutung. Mit der innovativen Digitalwirtschaft kann ein modernes und wettbewerbsfähiges Industrie-Ökosystem in einigen Regionen Ostdeutschlands entstehen, wenn etablierte Industrie und Digitalwirtschaft in Kontakt und in die Zusammenarbeit kommen.
Hier sehen wir auch die Sozialpartner und die Politik in der Verantwortung Räume des Dialogs und des Zusammenwirkens zu schaffen.

Tripartistische Strukturen, wie es sie in Westdeutschland klassischerweise vielfach gibt, sind in den Ostdeutschen Bundesländern meist unterentwickelt.
Alle müssen in dieser historischen Transformationsphase der Industrie zusammenarbeiten. Die IG Metall ist dazu gerne bereit.

In den genannten Branchen, die in größerem Umfang in Ostdeutschland Beschäftigung generieren, kriselt es derzeit. Im Maschinenbau, im Stahl, in der Metall- und in der Bahnindustrie. Chancen wie bei der Maritimen Wirtschaft oder der Energiewende müssen genutzt werden.

Die Transformation in zentralen Industriebranchen „stottert“ in Ostdeutschland derzeit also erheblich. Soll diese am Ende dennoch gelingen, d.h. die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und damit die Stabilität der Standorte und Beschäftigungsverhältnisse langfristig gesichert werden, muss auf politischer und auf Ebene der Unternehmen beherzt gegengesteuert werden.

In Ostdeutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Industrielandschaft aufgebaut. Diese darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. **Die IG Metall unterstützt deshalb die ostdeutschen Ministerpräsidenten bei ihrem Einsatz für den Erhalt ostdeutscher Industriearbeitsplätze.** Ein Abbau Ost nutzt niemandem, weder westdeutschen Standorten noch dem Erhalt und der Stabilität der Demokratie in Ost und West.

Wir fordern konkrete Maßnahmen zum Erhalt von Industriearbeitsplätzen.
Dazu gehören u.a.:

- Die Unternehmen müssen sich zum Industriestandort Ostdeutschland bekennen. Schließung und Verlagerung lehnen wir ab!

- Die Einführung eines Industriestrompreises von 5 Cent pro Kilowattstunde. Die Entlastung bei den Energiekosten muss zügig umgesetzt werden. Sie hilft der energieintensiven Industrie und sichert Beschäftigung bspw. im Stahl.

- Die energieintensiven Industriezweige in Ostdeutschland brauchen den beschleunigten Ausbau der Energieinfrastruktur. Dazu gehören u.a. der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, sowie die Anbindung aller ostdeutschen Industrieregionen an das Wasserstoffkernnetz.

- Der Ausbau der Off-Shore-Industrie sowie der Maritimen Wirtschaft an der Ostseeküste muss weiterhin gestärkt werden.

- Der Pfad zur Elektromobilität darf nicht verlassen werden. Weitere Kaufanreize und der Ausbau der Ladeinfrastruktur helfen den Hochlauf der batteriebetriebenen Elektromobilität zu beschleunigen.

- Ostdeutschland verfügt über zahlreiche Regionen mit hoher technologischer Kompetenz und expliziten Standortvorteilen wie eine zentrale Lage in Europa, verfügbare Industrieflächen, ausbaufähige Infrastruktur sowie qualifizierte Fachkräfte durch Hochschulen und Berufsausbildung. Bestehende Strukturen wie der ursprünglich für die Ansiedlung von Intel konzipierte High-Tech Park im Raum Magdeburg gilt es unbedingt zu nutzen. Ostdeutsche Standorte müssen unbedingt auf dem Radar der Tech-Industrie bleiben!

- Die Umsetzung des Infrastruktur-Sondervermögens muss mit robusten Local Content Regelungen flankiert werden und rasch erfolgen. Dies ist im von öffentlichen Aufträgen abhängigen Schienenfahrzeugbau besonders wichtig.

- Ostdeutschland ist ein traditionsreicher Schienenfahrzeugbaustandort. Leider sind in den letzten Jahren wichtige Standorte verloren gegangen. Die Verkehrswende muss zu einer Job-Offensive in Deutschland führen. Damit die Bahnindustrie ihre Kapazitäten entsprechend erweitert, in ihre Produktions-standorte investiert und Leute einstellt, braucht es neben ausreichend öffentlichen Mitteln vor allem eines: Verlässlichkeit und langfristige Planbarkeit. Wir fordern eine aktive Industriepolitik und eine neue Vergabepraxis bei Aufträgen von Bund, Ländern und Deutscher Bahn im Bahnsektor. Der Preis darf nicht das allein ausschlaggebende Kriterium sein. Vorfahrt müssen ökologische und soziale Kriterien erhalten, damit der Schienenverkehr nachhaltig wird. Die Politik muss die Voraussetzung für mehr lokale und nachhaltige Wertschöpfung in Deutschland und Europa schaffen.

- Ein öffentlicher Nachfrageimpuls bspw. im Bereich des Wohnungsbaus, der Brücken-sanierung etc. ist durch die Reform der Schuldenbremse und durch das Infrastruktur Sondervermögen umsetzbar. Es muss jetzt schnell kommen und an Tarifbindung und Kriterien der Guten Arbeit gekoppelt werden. Die ostdeutschen Stahlwerke und Gießereien können hochwertigen Baustahl liefern. Auch hier sind Local Content Regelungen zielführend.

- Um ihre Produkte bzw. Produktionsweisen zukunftsfähig zu machen, brauchen die Unternehmen günstige Kredite. Diese wurden zum Teil aber enorm verteuert, da die Finanzmärkte bzw. die Hausbanken nicht in jedem Fall und nicht in vollem Umfang an das Gelingen der Transformation glauben. Allzu oft verlangen sie hohe Risikoaufschläge. Eine temporäre strategische Beteiligung von staatlichen Gliederungen - beispielsweise den Bundesländern – an Unternehmen muss deshalb eine realistische Option sein, um eine tragfähige Brücke in die Zukunft zu bauen.

Eine Deindustrialisierung Ostdeutschlands wie in den 1990er Jahren muss um jeden Preis verhindert werden, weil sonst nicht nur Industriebetriebe auf dem Spiel stehen, sondern das ganze demokratische Gemeinwesen in Gefahr gerät.

Daniel Friedrich
IG Metall Bezirksleiter Küste

Thorsten Gröger
IG Metall Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Jörg Köhlinger
IG Metall Bezirksleiter Mitte

Jan Otto
IG Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen